

Protokoll der Ratssitzung 3.12.2006, 9.00 – 14.00 Uhr

Liste der Anwesenden siehe Anlage (auch nur teilweise Samstag oder Sonntag)

Arbeitsgruppen des Rates

Der Eintrag in die Listen erfolgte auf der Ratssitzung, über die Verschickung des Protokolls über die Ratsliste und durch die Organisationsverantwortlichen der einzelnen Gruppen. Die Listen befinden sich im Anhang.

Arbeitsplanung bis zum G8-Gipfel (9.45 – 10.25)

Bericht von Adolf Riekenberg und Diskussion

Ziel ist es, 100.000 Leute zum Protest nach Heiligendamm zu mobilisieren (was immerhin die Polizei für realistisch hält). Bei den verschiedenen Protestteilen ist die „Camp-Planung“ noch am wenigsten fortgeschritten. In der Bündnis-Vorbereitungsgruppe zum Camp ist von Attac außer Adolf nur noch Christiane Metzner aktiv. Nächstes Treffen ist am Sonntag 10.12. in Berlin.

Der Ort für das Camp ist noch unklar, evtl. wird es mehrere Camps geben. Die Frage der „Gewalt“ ist noch nicht angesprochen, das Camp soll jedoch ein sicherer Ort für alle sein. Die Attac Projektgruppe G8, ca. 20 Leute, trifft sich am 9.12. in Hannover.

In der Diskussion geht es u.a. um die Frage der „Gewalt“. Einerseits wird die Gefahr gesehen, dass die G8-Kritiker von außen auseinanderdividiert bzw. gegeneinander ausgespielt werden in Gute und Chaoten. Andererseits wird darauf bestanden, dass sich Attac nur an Aktionen beteiligen kann, die explizit gewaltfrei sind. Eine Spaltung des Bündnisses an dieser Frage wäre jedoch auch schlecht, zumal „Steinewerfer“ eher als Minderheit vermutet werden und unklar ist, wo zwischen zivilem Ungehorsam und Gewalt die Grenze verläuft.

Es wird einen Aufruf „BLOCK G8“ geben. Die Blockade wird vom Gesetzeshüter als „ungesetzliche Aktion“ gewertet.

Beschluss: „Attac“ unterschreibt den „Aufruf BLOCK G8“ nicht und die Attac-Gruppen sollen darauf hingewiesen werden, dass auch keine Attac-Gruppen und Attac-AGs unterschreiben dürfen. Die Attacies werden aufgefordert, nur als Einzelpersonen den Aufruf zu unterschreiben (evtl. in Klammer Attac).

Arbeitsplanung EU-Ratspräsidentschaft (10.25 – 11.00)

Sven Giegold berichtet über verschiedene Vorhaben:

- Ende Dezember/1. Januar in Berlin „Katerfrühstück“ (Vorlage Österreich)
- 30./31.3. in Stuttgart EU-Konferenz zu Osteuropa
- 20.-21.4. EU-Gegenkonferenz (u.a. Lissabon-Strategie, Wirtschafts- u. Finanzfragen) in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften
- 23.-24.6. Konferenz des Wiss. Beirats zur EU-Verfassung

Außerdem ist anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Römischen Verträge eine gemeinsame Erklärung der Attacs zur EU-Verfassung in Arbeit. Aus demselben Anlass werden von der EU-AG Stuttgart Demos geplant, die möglichst an mehreren Orten stattfinden sollten.

In der Landeshauptstadt Berlin konzentrieren sich die Aktivitäten zu vielen Themen und dort wäre zu Aktionen zur EU-Ratspräsidentschaft Unterstützung von Attacis aus dem Rest der Republik erwünscht. Attacis aus Fulda haben vor, zum Katerfrühstück nach Berlin zu fahren – wer noch?

Die Berliner WasseraktivistInnen planen im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft eine Aktion. Weitere Mitmachende erwünscht, bitte an Dorothea Härlin wenden.

Arbeit der Geschlechtergerechtigkeits-AG

Marianne Wildberger und Jutta Sprengelt-Steinert berichten und Diskussion

Informationen und Arbeitshilfen zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit wurden innerhalb von Attac verschickt. Im Frühjahr 2007 sollen Berichte über die

Auswirkungen/Umsetzungen an die AG gehen. Marianne hat in Hamburg bereits kleine positive Veränderungen beobachtet.

Folgender Konfliktfall wurde besprochen:

Auf dem Ratschlag wurde im Rahmen des Themas Geschlechtergerechtigkeit und Gender-Mainstreaming ein Beschluss gefasst, der u.a. beinhaltete, dass im Rahmen des G8-Prozesses Geschlechtergerechtigkeit sowohl bei den Themen als bei Formalem beispielgebend beachtet und umgesetzt werden soll und dazu der auf dem Ratschlag gefasste Beschluss in den G8-Reader aufgenommen werden soll. (Bei der Umsetzung des Anliegens der Geschlechtergerechtigkeit im G8-Reader hatte es Schwierigkeiten und Konflikte gegeben. Einige Beteiligte waren anwesend und schilderten ihre Sichtweise, andere waren nicht anwesend und konnten ihre Sichtweise deshalb nicht einbringen. Anmerkung der Protokollantin)

Beschluss im Konsens: Der Rat steht hinter dem Beschluss des Ratschlags zur Geschlechtergerechtigkeit, speziell betreffend die Veröffentlichung im G8-Reader, und möchte, dass er umgesetzt wird; einerseits in der 2. Auflage des Readers sowie umgehend bei der Version in Web. Der Rat beauftragt Hanni Gramann, dies in die Besprechung der G8-AG am 9.12. einzubringen und zu beraten und über die Rats-Mailingliste das Ergebnis zu berichten.

E-Mail- Entscheidungsverfahren des Rates

Beschluss:

1. E-Mail-Entscheidungen gibt es bei Fragen, die

- den Aufgaben des Rates entsprechen,

- vor der nächsten Ratssitzung zu entscheiden sind

- und die von Rats-AGs mangels Konsens oder Zuständigkeit nicht entschieden werden können.

2. Bei jedem Entscheidungsverfahren muss aus dem Betreff eindeutig hervorgehen, dass eine Entscheidung ansteht. Die E-Mail sollte deshalb mit der Betreffzeile beginnen: "Entscheidung bis Datum: Betreff".

Reaktionen auf diese Mail erfolgen analog mit "Re: Entscheidung bis Datum: Betreff" in der Betreffzeile.

3. Ein Vorschlag gilt als angenommen, wenn mindestens 90 Prozent der Antworten zustimmend ausfallen (= Konsens). Die Abstimmungsfrist beträgt acht Tage. Wenn kein Konsens zustande kommt, kann der Rat auf die strittige Frage bzw. die Grundlage des Dissenses zurückkommen.

4. Die antragstellenden Personen „verwalten“ ihren Antrag und geben das Ergebnis über die Rats-Mailingliste bekannt.

Bessere Einbeziehung/Einbindung der Attac-Gruppen

Eine Konsensgruppe (Bericht Martin Uebelacker) hatte an einem Beschluss gearbeitet, der die Situation in den Gruppen besser in der Ratsarbeit sichtbar machen soll und Grundlage für eine bessere Vernetzung der verschiedenen Attac-Ebenen im Rat sein könnte.

Zu dem Vorschlag gab es einige Vetos und weil keine Zeit für eine weiterführende Diskussion war, soll dieses Thema auf der nächsten Ratssitzung nochmals aufgegriffen werden. Probleme gab es einerseits im Blick darauf, welcher zeitliche Rahmen den Berichten aus den Gruppen eingeräumt werden sollte bzw. welches Medium dafür geeignet ist. Auch im Blick auf das Selbstverständnis der über Gruppen/Regionen in den Rat gewählten Ratsmitglieder im Blick auf ihre Verantwortung für die konkrete Arbeit betreffend die Gruppen in „ihrer“ Region gab es unterschiedliche Auffassungen.

Migration (12.00 – 12.30 und 13.25 – 14.00)

In der Kürze der Zeit ist der Rat in konstruktiver Weise in ein kontrovers vertretenes Thema eingestiegen. Es gab dazu einen Input von Melanie Nichterwitz von der AG Globalisierung und Migration, die sich für globale Personenfreizügigkeit ausspricht (gut dargestellt im Positionspapier am Ende des Protokolls).

Aus der Gegenposition von Sven Giegold:

- Migration als Soziale Bewegung zu bezeichnen, findet er nicht passend; Kennzeichen Sozialer Bewegung ist ein bewusster Prozess, Kritik an bestehenden Verhältnissen und Ideen zu deren Veränderung. Das trifft auf MigrantInnen überwiegend nicht zu.
- Ein „Menschenrecht auf globale Freizügigkeit“ kollidiert für ihn mit einem „Recht auf Staatsbildung“, zu dem auch die Festlegung von Grenzen gehört. Besonders wichtig ist das im Blick auf Minderheiten, die einen eigenen Staat beanspruchen. Eine weitere (Gegen-)Reaktion auf Personenfreizügigkeit könnte die Herausbildung einer Antiglobalisierung sein.
- Als Konsequenz von Personenfreizügigkeit befürchtet er ein Anwachsen rechtsextemer Positionen in den „aufnehmenden“ Ländern.
- Im Blick auf Migration ist klar zu trennen zwischen Vision (z.B. Kant, Zum ewigen Frieden) und den Handlungsmöglichkeiten in unseren realen Verhältnissen. Er sieht uns da in einem moralischen Dilemma, aus dem es keinen einfachen Ausweg gibt.
- Im Blick auf konkrete Handlungsmöglichkeiten fordert er, das Asylrecht auf den völkerrechtlichen Stand zurückzubringen. Die Forderung auf Einstellung sämtlicher Abschiebungen findet er unrealistisch, weil das auf globale Freizügigkeit hinausläufe mit den schon beschriebenen negativen Wirkungen.
- Die Rolle von Attac in der Migrations-Diskussion sieht er eher als Vermittlerin zwischen verschiedenen Positionen denn als einseitige Positionierung.

Ergänzendes aus der Diskussion:

- Die Ursachen von Migration genauer betrachten
- Menschenrechte wichtig nehmen und sich für konkrete Maßnahmen einsetzen, evtl. andere „Migrations-Organisationen“ unterstützen
- Frage der Integration bearbeiten
- Problem der Abwanderung der gebildeten/starken/durchsetzungsstarken Personen aus den Problemgebieten der Welt

Konsens gab es dahingehend, dass alle eine Änderung der Welt- und Finanzwirtschaft (das was Attac anstrebt) wichtig finden, um die Probleme bei der Migration zu beseitigen bzw. zu verringern, indem die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der MigrantInnen verbessert werden.

Die Beschäftigung mit dem Thema Migration soll weitergehen. Auch bei den G8-Protesten wird es ein Thema sein (4. Juni Migrationstag). Eine Verzahnung mit der Arbeit anderer AGs ist wünschenswert.

Vorschläge zum weiteren Vorgehen:

- Workshop auf der Sommerakademie
- Konsenspapier erstellen
- Attac-Stellungnahme, wenn das Thema „Einwanderung in die Sozialsysteme“ aktuell ist
- Die AG Migration könnte Positionen anderer Migrations-Organisationen in Attac einbringen

Offenburg, 6.12.2006

Marlene Werfl (mediation.werfl@arcor.de)

Einige Gedanken zum Thema

„offene Grenzen = globale Personenfreizügigkeit“

AG Globalisierung und Migration, Melanie Nichterwitz

1) Menschenrecht auf globale Bewegungsfreiheit als Recht auf ein selbst bestimmtes Leben

Jeder Mensch sollte das Recht und die Möglichkeit haben, ein freies, selbst bestimmtes Leben zu führen. Dazu muss auch das Recht auf die freie Wahl des Aufenthalts- und Lebensorts gehören. Dieses Recht ist selbstverständlich nur gewährleistet, wenn es uneingeschränkte globale Freizügigkeit für Personen gibt.

Es kann jedoch argumentiert werden, dass in bestimmten Fällen, dieses Recht auf ein selbst bestimmtes Leben zu Gunsten des Allgemeinwohls beschränkt werden muss. Meiner Auffassung nach sollte dies generell beim Recht auf globale Freizügigkeit nicht der Fall sein. Trotzdem sprechen noch weitere Gründe außer dem Recht eines jeden auf ein selbst bestimmtes Leben dafür, für globale Personenfreizügigkeit einzutreten, auf die nun eingegangen werden soll.

2) Migration als Reaktion auf die Auswirkungen der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung

3) Migration als soziale Bewegung

Migration ist eine soziale Bewegung. MigrantInnen stellen durch ihre Entscheidung, ihr Heimatland auf der Suche nach einem besseren Leben zu verlassen, die herrschenden Verhältnisse in Frage. Sie finden sich nicht mit der Ungerechtigkeit ab, sondern werden aktiv und fordern Anteil am Wohlstand für sich und die Zurückgebliebenen in ihrer Heimat. Dies ist legitim und nichts weiter als –ob es nun bewusst oder unbewusst geschieht- die Forderung nach Gerechtigkeit.

Unsere Reaktion als Teil einer sozialen Bewegung, die für Gerechtigkeit –und zwar nicht auf Europa beschränkt sondern für globale Gerechtigkeit- eintritt, sollte eine Solidarisierung mit allen MigrantInnen sein. Sie sind wie wir Teil einer globalen sozialen Bewegung gegen dieses ausbeuterische inhumane System.

4) Gegen den Neoliberalismus und für einen konstruktiven Umgang mit Migration

Ein häufiges Gegenargument gegen Migration bezieht sich auf negative soziale Auswirkungen in den Ankunftsändern wie beispielsweise eine höhere Arbeitslosigkeit, geringere Löhne oder geringere Sozialleistungen, die angeblich durch Migration verursacht würden. Dies ist jedoch nicht in allen Fällen und auch nur oberflächlich gesehen richtig. Die Auswirkungen werden vom Wirtschaftssystem auch ohne Migration erzeugt. Nicht MigrantInnen tragen die Schuld, es ist der Neoliberalismus, der prekäre soziale Verhältnisse und soziale Ungerechtigkeit schafft. Und zwar hier in Europa wie fast überall auf der Welt. Wir sollten uns nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern uns miteinander solidarisieren, um alle gemeinsam gegen Prekarität und Neoliberalismus zu kämpfen.

Genauso, wie es Sinn macht, dass sich Menschen, die Arbeit haben, mit Arbeitslosen solidarisieren, ist die einzig logische Konsequenz, dass wir uns als Teil einer sozialen Bewegung mit MigrantInnen solidarisieren.

Mögliche negative Konsequenzen (im Übrigen sind die Auswirkungen von Migration in vielen Fällen alles andere als negativ) von Migration nach Europa müssen konstruktiv angegangen werden.

5) Migration lässt sich nicht regulieren

Migration hat es immer gegeben und es wird sie auch weiter geben. Und Migration wird weiter verstärkt von Süd nach Nord stattfinden, solange es diese ausbeuterische Weltwirtschaftsordnung gibt.

Die EU will Migration regulieren und reagiert mit schlimmen Menschenrechtverletzungen an den Grenzen, aber auch innerhalb.

Migration lässt sich aber nicht regulieren. Kein noch so hoher Zaun oder keine noch so gefährliche Überfahrt über das Meer können die Menschen davon abhalten zu migrieren. Sie

versuchen es immer und immer wieder, obwohl beispielsweise auf sie geschossen wird oder sie in der Wüste ausgesetzt werden.

Der Versuch, Migration zu regulieren, muss fast zwangsläufig in Gewaltanwendung und Menschenrechtsverletzungen resultieren.

6) Globale Personenfreizügigkeit als einzig logische Konsequenz

Wollen wir uns nicht der Logik des neoliberalen Systems, das die Menschen gegeneinander ausspielt, und der Festung Europa, die versucht Europa abzuschotten und dabei schlimme Menschenrechtsverletzungen begeht, unterwerfen, ist die richtige Forderung die nach globaler Personenfreizügigkeit.

Natürlich muss gleichzeitig die Forderung nach einer gerechteren Wirtschaftsordnung gestellt werden. Nur so können sich die Lebensbedingungen in den Ländern des globalen Südens verbessern und den Menschen Perspektiven und ein Leben in Würde gewährleisten. Nur so werden sie nicht ihr Leben aufs Spiel setzen, um nach Europa zu gelangen. Und nur so wird es möglich sein, dass wir hier in Europa eine solidarische Gesellschaft ohne Prekarität schaffen.

7) Eine positive Einstellung zu Migration als Leitlinie

Die Forderung nach globaler Personenfreizügigkeit erscheint angesichts der herrschenden politischen Verhältnisse utopisch. Dies sollte uns allerdings nicht daran hindern sie auszusprechen und globale Personenfreizügigkeit als Idealzustand anzustreben.

Gleichzeitig steht die Forderung nach globaler Personenfreizügigkeit für eine positive Einstellung zu Migration und MigrantInnen. Migration ist eine logische und richtige Konsequenz und MigrantInnen verdienen unseren Respekt als Teil einer starken sozialen Bewegung und unsere Solidarität.

Diese positive Einstellung muss sich in konkreten politischen Forderungen äußern und sollte immer berücksichtigt werden, wenn es um Migration und MigrantInnen geht.

Anwesenheitsliste Ratsklausur 02./03. Dez. 2006

Name	Region/Mitgliedsorg./AG	Mailadresse	Tel.-Nr.
Auhagen, Hendrik	Süd		07531/91010
Beldowski, Andreas	Nord		0451/ 388 22 40
Bertling, Uli	AG-GlobuKrieg		0251/23 98 671
Bruyn, Gorden	Nord		0511/8506077
Gendrisch, Hermann	AKEe.V.		02451/46 708
Giegold, Sven	Ko-Kreis		04231/ 957 590
Gramann, Hanni	Nord		05722/27645
Härlin, Dorothea	Ost		030/693 65 15
Hersel, Philipp	Blue 21		030/694 61 01
Klautke, Roland	Ost		0170/ 88 11 666
Kollenda, Norbert	Ost		0160/ 93 12 62 32
Korbus, Gerold	Ko-Kreis		04407/424
Krampertz, Hardy	West		
Kraus, Michael (Sa)	Süd		
Larcher, Detlev von	Ko-Kreis		0421/89 43 11
Methmann, Chris (Sa bis 18 h)	Ko-Kreis		
Nichterwitz, Melanie	AG Migration		
Oehrlein, Brigitte	Ko-Kreis		0151/10 14 92 92
Pichler, Ralf	EU-AG		0171/44 59 257
Piotrowski, Heinrich	West		0173/ 42 48 353
Pithan, Felix	Solid		
Riekenberg, Adolf (So)	Ko-Kreis		07182/49112
Sack, Kerstin	West		02331/33 13 96
Schäfer, Susanne	West		0168/75 11 207
Schönrock, Dieter	Gast		
Schulz, Thomas	West		
Spellerberg, Ludger	Ko-Kreis		0202/27 500 90
Sprengelf-Steinert, Jutta	Feministattac		05105/81262
Steinbach, Werner	AG-GfA		0175/ 18 32 007
Strotmann, Peter	SiG		030/813 41 85
Süß, Roland	AG-WTO		0175/ 27 25 893
Uebelacker, Martin	Kulturattac		06659/91 81 56
Uecker, Goetz	AG-Organisationsentw.		
Vernhes, Marie-Dominique	SiG		
Vorwerk, Angela	Nord		0531/23 34 784
Wahl, Peter (Sa bis 18 h)	Kokreis		
Weischer, Lutz	BUND-Jugend		0174/ 99 17 040
Wendebourg, Gerhard	Nord		
Werfl, Marlene	Süd		0781/33114
Wildberger, Marianne	Nord		040/27 87 36 36